

Von: [REDACTED]@ww.uni-bremen.de)
An: [REDACTED]@wissenschaft.bremen.de)
Cc: [REDACTED]@wissenschaft.bremen.de); [REDACTED]@ww.uni-bremen.de)
Gesendet: Do 23.04.2026 18:28
Betreff: [EXTERN] WG: [EXTERN] Bitte um Weiterleitung - Antisemitische Veranstaltungsreihe an der Universität Bremen
Anlagen: 20260417_ofek-Beratung.pdf, AW_ Aufforderung zur Absage der antisemitischen _Israeli Ap.msg, Roundcube Webmail __ Aufforderung zur Absage der antisemiti.pdf

Hallo [REDACTED],

anliegend übersende ich euch die Antwort der Universität an [REDACTED].

Hinzugefügt ist hier auch die Einschätzung der *ofek*. Darüber hinaus haben wir von der zuständigen Islamwissenschaftlerin des Landesamtes für Verfassungsschutz die Rückmeldung erhalten, dass diese die Bewertung der *ofek* teilen, die vorliegenden Informationen aber als unter der Schwelle der strafrechtlichen Relevanz liegend bewertet werden.

Viele Grüße

[REDACTED]

[REDACTED]

Universität Bremen

Rectoratsangelegenheiten, Zentrale Organe, Zentrales Veranstaltungsmanagement
(Referat 01)

Tel. [REDACTED]
[REDACTED]-bremen.de
www.uni-bremen.de

Diese E-Mail enthält vertrauliche und/oder rechtlich geschützte Informationen. Wenn Sie nicht die richtige Adressatin bzw. nicht der richtige Adressat sind und/oder diese E-Mail irrtümlich erhalten haben, informieren Sie bitte sofort die Absenderin und vernichten Sie diese Mail. Das unerlaubte Kopieren sowie die unbefugte Weitergabe dieser Mail und ihrer Anhänge ist nicht gestattet.

Von: [REDACTED]@wissenschaft.bremen.de>
Gesendet: Montag, 20. April 2026 14:37
An: [REDACTED]@vw.uni-bremen.de>
Cc: [REDACTED]@wissenschaft.bremen.de>; [REDACTED]
[REDACTED]@wissenschaft.bremen.de>
Betreff: WG: [EXTERN] Bitte um Weiterleitung - Antisemitische Veranstaltungsreihe an der Universität Bremen

Diese E-Mail stammt von außerhalb der Organisation. Klicken Sie nicht auf Links oder Anhänge, es sei denn, Sie wissen, dass der Inhalt sicher ist.

Liebe [REDACTED],

mich erreichte heute die beigefügte Mail. Im Auftrag der Senatorin bitte ich um kurzfristige Stellungnahme der Universitätsleitung zum Sachverhalt.

Viele Grüße

[REDACTED]

—

[REDACTED]

Freie Hansestadt Bremen
Die Senatorin für Umwelt, Klima und Wissenschaft
Abteilung Hochschulen und Forschung

[REDACTED]
Katharinenstr. 12-14
28195 Bremen

Telefonnummer: [REDACTED]
E-Mail: [REDACTED]@wissenschaft.bremen.de
Internet: www.umwelt.bremen.de

Dienstleistungen und Informationen der Verwaltung unter:
www.transparenz.bremen.de, www.service.bremen.de



Von: [REDACTED]@umwelt.bremen.de>
Gesendet: Montag, 20. April 2026 14:24
An: [REDACTED]@wissenschaft.bremen.de>
Cc: [REDACTED]@wissenschaft.bremen.de>; [REDACTED]@umwelt.bremen.de>
Betreff: WG: [EXTERN] Bitte um Weiterleitung - Antisemitische Veranstaltungsreihe an der Universität Bremen

Die Senatorin für Umwelt,
Klima und Wissenschaft



Freie
Hansestadt
Bremen

[REDACTED]
Freie Hansestadt Bremen
Die Senatorin für Umwelt, Klima und Wissenschaft
[REDACTED]

An der Reeperbahn 2, 28217 Bremen

E-Mail: [REDACTED]@umwelt.bremen.de
Internet: www.umwelt.bremen.de

Von: [REDACTED]@vjsnord.de>
Gesendet: Sonntag, 19. April 2026 23:42
An: [REDACTED]@umwelt.bremen.de>; [REDACTED]@umwelt.bremen.de>; [REDACTED]@umwelt.bremen.de>
Betreff: [EXTERN] Bitte um Weiterleitung - Antisemitische Veranstaltungsreihe an der Universität Bremen

Sehr geehrte [REDACTED]
sehr geehrter [REDACTED]
sehr geehrter [REDACTED]

ich hoffe, Sie konnten ein schönes und erholsames Wochenende verbringen. Da mir die Kontaktdaten von Senatorin Müller und Staatsrätin Kumar nicht vorliegen, wäre ich Ihnen dankbar, wenn Sie diese Nachricht inklusive Anhang entsprechend weiterleiten könnten.

In unserem letzten Gespräch im März wurde mir [REDACTED] nahegelegt, mich an die Senatorin zu wenden, sollte sich die Lage für jüdische Studierende an der Universität zuspitzen oder sollten kritische Veranstaltungen geplant sein. Von diesem Angebot möchte ich nun erstmals Gebrauch machen:

In der kommenden Woche findet an der Universität Bremen eine Veranstaltungsreihe unter dem Titel „Israeli Apartheid Week (IAW)“ statt. Diese sogenannte „Palästina-Woche“ ist Teil eines deutschlandweiten Projekts, das von der „Academic Boycott Campaign Germany“ organisiert wird. In Bremen wird die Reihe von der uns bereits bekannten Gruppierung „Uni4Pali“ durchgeführt. Im Zentrum steht der Boykott der Zusammenarbeit mit israelischen Universitäten sowie jeglicher wissenschaftlicher Austausch zwischen Bremen und Israel. Damit wird auf unserem Campus die BDS-Bewegung, die vom Deutschen Bundestag als antisemitisch eingestuft wurde, immer präsenter. Die Ruhr-Universität Bochum hat den Veranstaltenden der IAW die Räume entzogen und die Durchführung verboten.

Nach intensivem Austausch mit unseren Mitgliedern, die an der Universität Bremen studieren, haben wir entschieden, uns erneut an das Rektorat zu wenden und um eine rechtliche Prüfung dieser Veranstaltungsreihe zu bitten. Die Rückmeldungen unserer Studierenden zeigen deutlich, dass das Vertrauen in den Umgang des Rektorats mit der Situation stark erschüttert ist. Gleichzeitig möchten wir Sie als zuständige Instanz rechtzeitig über die Entwicklungen an der Universität informieren. Im Anhang finden Sie die E-Mail, die wir an das Rektorat der Uni Bremen am heutigen Abend verschickt haben.

Ich hoffe, diese Informationen sind für Ihre weiteren Gespräche mit der Universitätsleitung hilfreich. Sobald mir eine Rückmeldung seitens des Rektorats vorliegt, werde ich Sie selbstverständlich umgehend darüber informieren.

Ich wünsche Ihnen einen guten Start in die Woche und freue mich auf Ihre Rückmeldung.

Herzliche Grüße
[REDACTED]
[REDACTED]
[REDACTED]

Email: [REDACTED]@vjsnord.de

Mobil: [REDACTED]

Verband Jüdischer Studierender Nord e.V. (VJSNord)

c/o Jüdische Gemeinde Hamburg | Grindelhof 30 | 20146 Hamburg | www.vjsnord.de



Betreff **Aufforderung zur Absage der antisemitischen "Israeli Apartheid Week" an der Universität Bremen**



Von [REDACTED]@vjsnord.de>
 An [REDACTED]@vw.uni-bremen.de>, [REDACTED]
 [REDACTED]@vw.uni-bremen.de>, [REDACTED]@uni-bremen.de>
 Kopie Ade <ade@uni-bremen.de>, [REDACTED]
 [REDACTED]@vw.uni-bremen.de>, [REDACTED]
 [REDACTED]@vw.uni-bremen.de>
 Blindkopie [REDACTED]@uni-bremen.de>, [REDACTED]@uni-bremen.de>, [REDACTED]
 [REDACTED]@uni-bremen.de>, [REDACTED]@uni-bremen.de>, [REDACTED]
 [REDACTED]@gmail.com>
 Datum 2026-04-19 22:39
 Priorität Höchste

Sehr geehrte [REDACTED]
 sehr geehrte [REDACTED],

wir hoffen, Sie konnten ein erholsames Wochenende verbringen. Zugleich würden wir uns freuen, Sie bereits am kommenden Dienstag beim zweiten Vortrag unserer Veranstaltungsreihe persönlich wiederzusehen. Eine Rückmeldung auf unsere Einladung vom 7. April haben wir bislang leider nicht erhalten.

Anlass dieser E-Mail ist jedoch unser großes Bedauern über Ihren Umgang mit der Gruppierung „Uni4Pali“. Diese organisiert in Kooperation mit der „Academic Boycott Campaign Germany“ vom 20.04. bis einschließlich 24.04. die sogenannte „Israeli Apartheid Week (IAW)“. Im Mittelpunkt dieser Veranstaltungsreihe, die in den Räumlichkeiten des Communitas stattfinden soll, steht der Boykott israelischer Universitäten sowie jeglicher wissenschaftlicher Kooperationen zwischen Bremen und Israel.

Wir möchten an dieser Stelle nicht erneut ausführlich darlegen, warum diese Veranstaltungsreihe aus unserer Sicht als klar antisemitisch einzuordnen ist. Dennoch möchten wir betonen: Dass die vom Deutschen Bundestag als antisemitisch eingestufte BDS-Bewegung eine derartige Präsenz an der Universität Bremen entwickeln konnte, hätten wir uns nicht vorstellen können. Dies stellt einen weiteren tiefgreifenden Einschnitt in den Campusalltag jüdischer Studierender dar.

Nach mehreren Gesprächen mit unseren Bremer Mitgliedern an diesem Wochenende ist die Stimmung eindeutig: Das Vertrauen in Ihre Kompetenz im Umgang mit Antisemitismus an der Universität Bremen ist stark erschüttert. Zusagen Ihrerseits, die uns gegenüber in den vergangenen zwei Jahren gemacht wurden, sehen wir bislang nicht erfüllt. Seit Wochen und Monaten finden sich antizionistische und antisemitische Parolen in Sanitäranlagen und auf dem Boulevard. Zudem konnte im November 2025 eine Veranstaltung mit [REDACTED] trotz Ihres Verbots auf dem Universitätsgelände stattfinden. Insgesamt ist die Präsenz der BDS-Bewegung auf dem Campus aus unserer Sicht so hoch wie nie zuvor. All dies wird von vielen als Ausdruck mangelnder Konsequenz im Schutz jüdischer Studierender wahrgenommen.

Unter dem [hier hinterlegten WeTransfer-Link](#) finden Sie Screenshots von Instagram-Beiträgen zur geplanten „Israeli Apartheid Week“ von „Uni4Pali“. Wir bitten um eine Prüfung durch Ihre Rechtsstelle sowie um eine zeitnahe Rückmeldung. Im besten Fall erwarten wir ein klares und konsequent durchgesetztes Verbot der Durchführung. Die Ruhr-Universität Bochum hat eine vergleichbare Veranstaltungsreihe auf ihrem Gelände bereits abgesagt: <https://news.rub.de/hochschulpolitik/2026-04-16-statement-der-hochschulleitung-veranstaltungsreihe-im-kontext-der-israeli-apartheid-week-abgesagt>

Mit freundlichen Grüßen

[REDACTED]

--

[REDACTED]

Email: [REDACTED]@vjsnord.de
 Mobil: [REDACTED]

Verband Jüdischer Studierender Nord e.V. (VJSNord)
 c/o Jüdische Gemeinde Hamburg | Grindelhof 30 | 20146 Hamburg | www.vjsnord.de



[REDACTED]

Von: kontakt@ofek-beratung.de
Gesendet: Freitag, 17. April 2026 13:25
An: [REDACTED]
Cc: [REDACTED]@ofek-beratung.de
Betreff: Bewertung Plakat

Diese E-Mail stammt von außerhalb der Organisation. Klicken Sie nicht auf Links oder Anhänge, es sei denn, Sie wissen, dass der Inhalt sicher ist.

Sehr geehrte [REDACTED],

Vielen Dank für Ihre Anfrage. Kolleg:innen haben sich das Plakat angeschaut und folgende Einordnung vorgenommen. Demnach können Elemente des Plakats antisemitisch verstanden werden. Unserer Empfehlung nach ist es nicht einzig hilfreich, das Plakat als antisemitisch einzuordnen und entsprechende Konsequenzen daraus zu ziehen, sondern die Wirkung des Plakats auf jüdische Studierende und Lehrende mitzudenken.

Sicherlich bewusst, bewegen sich die Akteure in einem nicht strafrechtlich relevanten Raum. Dennoch wird damit ein klares Signal gesendet.

Bewertung des Plakats „Palästina Woche“ (20.–23.04.26)_Mail vom 16.04.2026_Uni Bremen

(Die Bewertung erfolgt auf Grundlage der Arbeitsdefinition der IHRA. Diese umfasst ausdrücklich auch Formen des sogenannten israelbezogenen Antisemitismus, insbesondere dann, wenn das Existenzrecht des Staates Israel infrage gestellt oder zur Gewalt gegen ihn aufgerufen bzw. diese legitimiert wird)

Einordnung der zentralen Elemente:

Behauptung einer israelischen Apartheid: Die Behauptung, Israel übe eine Apartheid aus, ist, sofern sie sich auf den Gesamtstaat bezieht, eine Delegitimation des Staates als ein rassistisches Unterfangen und eine Dämonisierung – zwei zentrale Merkmale israelbezogenen Antisemitismus. Es bleibt an dieser Stelle im Vagen, ob die Einordnung der Zustände als „Apartheid“ sich auf die besetzten Gebiete im Westjordanland bezieht oder auf Israel insgesamt. In der Vergangenheit bezog sich im Rahmen von „Israeli Apartheid“ Wochen diese Einordnung nahezu immer auf den Gesamtstaat.

Schriftzug in Arabisch: "Intifada der Studierenden von Bremen bis Jenin und ganz Palästina"

Der Begriff „Intifada“ bedeutet wörtlich „Aufstand“, ist historisch jedoch eng mit zwei gewaltsamen Ereignisserien im israelisch-palästinensischen Konflikt verbunden. Vor allem die 2. Intifada (2000-2005) kennzeichnete sich durch gezielte Angriffe auf die israelische Zivilbevölkerung durch Terroranschläge. Infolge trägt der Begriff immer die Konnotation des willkürlichen Terrors gegen jüdische Israelis und wird auch immer wieder in diesem Sinne als Legitimierung oder Verherrlichung von Gewalt verwendet. Die Formulierung, Intifada solle „von Berlin nach Jenin“ gelten, ist eine Aufforderung zur Eskalation und zur Entgrenzung des Konflikts, die auch im Sinne einer Billigung der Gewalt in Deutschland verstanden werden kann. Dabei wird ein Feindbild impliziert, dass sowohl im Nahen Osten als auch in Berlin zu verorten ist – rhetorische Mechanismen zur Legitimation von antisemitischem Terror. Im Kontext des Plakates bzw. der Veranstaltung der Academic Boycott Campaign Germany (ABC DE) wird der semantische Rahmen der gewaltbezogenen Mobilisierung mindestens offengelassen.

Handala-Symbol: Die Symbolfigur „Handala“ ist nicht ausschließlich im Sinne einer Gewaltlegitimation zu verstehen, wird aber immer wieder auch in dezidiert terrorverherrlichenden Kontexten verwendet. Der Schlüssel, den die Figur in den Händen hält, ist ein in propalästinensischen Kontexten verwendetes Symbol, das sich auf die Häuser arabischer Flüchtender während des israelischen Unabhängigkeitskrieges 1948-49 bezieht und häufig als Beanspruchung eines Rückkehrrechts für sämtliche Nachkommen der Geflüchteten verwendet wird – eine Forderung, die angesichts der demografischen Entwicklungen seit 1948 zum Verlust des Charakters Israels als jüdischer Staat führen würde und somit auf eine Abschaffung Israels zielt. Diese Forderung ist eins der Ziele der BDS-Kampagne.

„Akademischer Boykott“ bzw. das Bündnis: [REDACTED] stehen regelmäßig im Zusammenhang mit der BDS-Kampagne, haben Richtlinien der Kampagne übernommen und/oder ihre Unterstützung zu dieser aktiv kundgetan. Die BDS-Kampagne wird in Deutschland politisch als antisemitisch eingeordnet, u. a. durch die Resolution 2019 des Deutschen Bundestages. Der Boykott richtet sich gegen israelische Institutionen, aber auch immer wieder israelische wie nichtisraelische jüdische Einzelpersonen, und kann als Form der kollektiven Ausgrenzung verstanden werden. Die Kampagne zielt in ihren Grundforderungen maximalistisch auf die Abschaffung Israels als jüdischer Staat, eine im Kern antisemitische Position.

Logo mit geografischem Umriss ohne Israel: Mit einer solchen Visualisierung wird interpretiert, dass der Staat Israel nicht anerkannt und dass das gesamte Gebiet stattdessen als „Palästina“ verstanden wird. Mit solchen Logos wird aktiv zur Abschaffung des Staates Israel aufgerufen – ein antisemitisches Vorhaben.

Das Plakat weist mehrere Aussagen auf, die die Grenze zum manifesten israelbezogenen Antisemitismus überschreiten und, verbunden mit der eskalativen Rhetorik, die Normalisierung antisemitischer Gewalt bewirken.

Wichtig wäre eine kritische Bewertung und Einordnung durch die Hochschulleitung. Die Inhalte sind geeignet, gegen Grundsätze eines diskriminierungsfreien Hochschulraums zu verstoßen. Zudem ist das Plakat als politisch hoch konflikträchtig einzustufen und kann das Sicherheits- und Zugehörigkeitsempfinden von Teilen der Hochschulgemeinschaft insbesondere jüdischer Studierenden und Mitarbeitenden definitiv stark beeinträchtigen.

Bei Rückfragen stehen wir Ihnen natürlich zur Verfügung.

Mit freundlichen Grüßen

[REDACTED]

Das Team Berlin



**Beratungsstelle bei
antisemitischer Gewalt
und Diskriminierung**

TEL [REDACTED]
MAIL berlin@ofek-beratung.de
WEB <http://www.ofek-beratung.de/berlin>

[INSTAGRAM](#) [FACEBOOK](#) [LINKEDIN](#) [BLUESKY](#) [YOUTUBE](#)

Unterstützen Sie unsere Arbeit mit Ihrer Spende:

BANK Berliner Sparkasse

IBAN DE29 1005 0000 0190 9049 41

BIC BELADEBEXX

Die Verarbeitung personenbezogener Daten erfolgt auf Basis der DSGVO, s. [Datenschutzerklärung](#). Diese E-Mail enthält möglicherweise vertrauliche/rechtlich geschützte Informationen. Sollte die Mail nicht für Sie bestimmt sein, informieren Sie uns bitte und löschen diese Mail. Unerlaubte Weitergabe dieser Mail ist nicht gestattet. Wir bitten darum, uns vertrauliche Informationen nur geschützt zuzusenden.

 [@vw.uni-bremen.de](mailto:vw@uni-bremen.de) hat am 15.04.2026 11:58 CEST geschrieben:

Guten Tag,

wir kommen mit einer kurzfristigen Anfrage auf Sie zu, ob Sie uns in der Bewertung des anliegenden Plakats, welches sich aktuell auf dem Campus der Universität Bremen findet, behilflich sein können.

Der Hochschulleitung stellt sich in der Bewertung die Frage, ob in diesem Rahmen Symbolik oder Aussagen verwendet werden, die als antisemitisch einzuordnen wären.

Gerne bin ich auch telefonisch zu erreichen.

Hintergrund zum Plakat

- Infoplakate für **die "Palästina Woche" 20.-23.04.** (in den Communitas-Räumen des AStA auf dem Campus der Universität Bremen)
- Schriftzug in arabischer Sprache "Intifada von Berlin bis nach Jenin" (? Korrekt)
- Logo einer der Organisatoren: ein Länderumriss, welcher Israel abbildet

Ich freue mich von Ihnen zu hören und bedanke mich im Voraus.

Viele Grüße aus Bremen







Universität Bremen

Rektorsatsangelegenheiten, Zentrale Organe, Zentrales Veranstaltungsmanagement

(Referat 01)

Tel. [REDACTED]

[REDACTED]@vw.uni-bremen.de

www.uni-bremen.de

Diese E-Mail enthält vertrauliche und/oder rechtlich geschützte Informationen. Wenn Sie nicht die richtige Adressatin bzw. nicht der richtige Adressat sind und/oder diese E-Mail irrtümlich erhalten haben, informieren Sie bitte sofort die Absenderin und vernichten Sie diese Mail. Das unerlaubte Kopieren sowie die unbefugte Weitergabe dieser Mail und ihrer Anhänge ist nicht gestattet.

Von: [REDACTED]@ww.uni-bremen.de)
An: [REDACTED]@visnord.de
Cc: [REDACTED]@ww.uni-bremen.de)
Gesendet: Do 23.04.2026 16:18
Betreff: AW: Aufforderung zur Absage der antisemitischen "Israeli Apartheid Week" an der Universität Bremen

Sehr geehrte [REDACTED],

vielen Dank für Ihr Schreiben. Die Universitätsleitung nimmt die Sorgen des Verbandes Jüdischer Studierender Nord e.V. bezüglich der Sicherheit und des Wohlbefindens jüdischer Studierender an unserer Universität sehr ernst. Da wir die Inhalte der Veranstaltungswoche in den Communitas-Räumen des AstA der Uni Bremen ebenso wie die Rhetorik der Werbung für die Veranstaltungswoche als besonders kritisch ansehen, Unterlassungen aber nicht ohne verbindliche Prüfung aussprechen, haben wir unmittelbar nach Kenntnisnahme die Prüfung auf antisemitische, auch strafrechtlich relevante Fragen eingeleitet. Wir haben die unabhängige, zivilgesellschaftliche Beratungsstelle bei antisemitischer Gewalt und Diskriminierung mit der Bitte um Bewertung ersucht, und die zuständige Stelle bei der Senatorin für Inneres um rechtsverbindliche Prüfung gebeten.

Um täglich im Bilde zu sein, haben wir die Kapazitäten unserer Mitarbeitenden des Campusbetriebs, meines Referats und der Pressestelle zusätzlich in die kontinuierlich stattfindende Campusaufsicht gelenkt. Nach unserem Ermessen und auf Grundlage der Prüfung untragbare Plakatierungen wurden und werden in Innen- und Außenräumen sofort entfernt.

In der Gesamtschau haben mich die vorliegenden Befunde der Prüfungen und alle weiteren einbezogenen relevanten Informationen bis auf weiteres zur missbilligenden Duldung, nicht zum Verbot der als „Palästina-Woche vom 20.-23.04“ deklarierten Veranstaltung veranlasst. Die Verlautbarungen sind unter der Schwelle der strafrechtlichen Relevanz. Eine entsprechende Adressierung gegenüber dem AstA, welche unsere Missbilligung zum Ausdruck bringt, die wiederum Implikationen in die Zukunft haben kann, wird zeitnah erfolgen.

Uns ist sehr bewusst, und so machen es auch die Rückmeldungen der beiden o. g. Institutionen deutlich, dass die Inhalte der Veranstaltung geeignet sein können, gegen Grundsätze von Meinungsfreiheit und Diskriminierungsfreiheit zu verstoßen und eine politische Konfliktrichtigkeit besteht. Antisemitismus hat an der Universität Bremen ganz ausdrücklich keinen Platz. Der Akademische Senat hat im Oktober 2025 eine unter breiter Partizipation aller Statusgruppen zustande gekommenen Stellungnahme und Positionierung zum friedlichen und respektvollen Umgang miteinander verabschiedet. An diesem Ziel – ein friedliches und respektvolles Miteinander – halten wir als Rektorat fest.

Viele Grüße

Universität Bremen
VVG, [REDACTED]
Bibliothekstr. 1
28359 Bremen

Tel. [REDACTED]
Fax [REDACTED]
[REDACTED]@uni-bremen.de
www.uni-bremen.de

Von: [REDACTED]@visnord.de>
Gesendet: Sonntag, 19. April 2026 22:40
An: [REDACTED]@vw.uni-bremen.de>; [REDACTED]@vw.uni-bremen.de>; [REDACTED]@uni-bremen.de>
Cc: Ade <ade@uni-bremen.de>; [REDACTED]@vw.uni-bremen.de>; [REDACTED]@vw.uni-bremen.de>
Betreff: Aufforderung zur Absage der antisemitischen "Israeli Apartheid Week" an der Universität Bremen
Priorität: Hoch

Diese E-Mail stammt von außerhalb der Organisation. Klicken Sie nicht auf Links oder Anhänge, es sei denn, Sie wissen, dass der Inhalt sicher ist.

Sehr geehrte [REDACTED],
sehr geehrte [REDACTED],

wir hoffen, Sie konnten ein erholsames Wochenende verbringen. Zugleich würden wir uns freuen, Sie bereits am kommenden Dienstag beim zweiten Vortrag unserer Veranstaltungsreihe persönlich wiederzusehen. Eine Rückmeldung auf unsere Einladung vom 7. April haben wir bislang leider nicht erhalten.

Anlass dieser E-Mail ist jedoch unser großes Bedauern über Ihren Umgang mit der Gruppierung „Uni4Pali“. Diese organisiert in Kooperation mit der „Academic Boycott Campaign Germany“ vom 20.04. bis einschließlich 24.04. die sogenannte „Israeli Apartheid Week (IAW)“. Im Mittelpunkt dieser Veranstaltungsreihe, die in den Räumlichkeiten des Communitas stattfinden soll, steht der Boykott israelischer Universitäten sowie jeglicher wissenschaftlicher Kooperationen zwischen Bremen und Israel.

Wir möchten an dieser Stelle nicht erneut ausführlich darlegen, warum diese Veranstaltungsreihe aus unserer Sicht als klar antisemitisch einzuordnen ist. Dennoch möchten wir betonen: Dass die vom Deutschen Bundestag als antisemitisch eingestufte BDS-Bewegung eine derartige Präsenz an der

Universität Bremen entwickeln konnte, hätten wir uns nicht vorstellen können. Dies stellt einen weiteren tiefgreifenden Einschnitt in den Campusalltag jüdischer Studierender dar.

Nach mehreren Gesprächen mit unseren Bremer Mitgliedern an diesem Wochenende ist die Stimmung eindeutig: Das Vertrauen in Ihre Kompetenz im Umgang mit Antisemitismus an der Universität Bremen ist stark erschüttert. Zusagen Ihrerseits, die uns gegenüber in den vergangenen zwei Jahren gemacht wurden, sehen wir bislang nicht erfüllt. Seit Wochen und Monaten finden sich antizionistische und antisemitische Parolen in Sanitäranlagen und auf dem Boulevard. Zudem konnte im November 2025 eine Veranstaltung mit [REDACTED] trotz Ihres Verbots auf dem Universitätsgelände stattfinden. Insgesamt ist die Präsenz der BDS-Bewegung auf dem Campus aus unserer Sicht so hoch wie nie zuvor. All dies wird von vielen als Ausdruck mangelnder Konsequenz im Schutz jüdischer Studierender wahrgenommen.

Unter dem [hier hinterlegten WeTransfer-Link](#) finden Sie Screenshots von Instagram-Beiträgen zur geplanten „Israeli Apartheid Week“ von „Uni4Pali“. Wir bitten um eine Prüfung durch Ihre Rechtsstelle sowie um eine zeitnahe Rückmeldung. Im besten Fall erwarten wir ein klares und konsequent durchgesetztes Verbot der Durchführung. Die Ruhr-Universität Bochum hat eine vergleichbare Veranstaltungsreihe auf ihrem Gelände bereits abgesagt: <https://news.rub.de/hochschulpolitik/2026-04-16-statement-der-hochschulleitung-veranstaltungsreihe-im-kontext-der-israeli-apartheid-week-abgesagt>

Mit freundlichen Grüßen

[REDACTED]

[REDACTED]

Email: [REDACTED]@ijsnord.de

Mobil: [REDACTED]

Verband Jüdischer Studierender Nord e.V. (VJSNord)

c/o Jüdische Gemeinde Hamburg | Grindelhof 30 | 20146 Hamburg | www.vjsnord.de

